



# #dieschmidt

der newsletter

18.12.2020

## Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die letzte Sitzungswoche des Jahres 2020 geht für uns mit einem großen Erfolg zu Ende: Wir sorgen endlich für einen verlässlichen Arbeitsschutz in der Fleischindustrie. Denn Arbeit darf nicht krank machen. Deshalb stoppen wir Werkverträge und Leiharbeit und machen Schluss mit Arbeitszeitbetrug und Gammel-Unterkünften.

Der Ausblick auf das neue Jahr gibt nicht nur wegen der Aussicht auf einen wirksamen Impfstoff Hoffnung. Ab dem 01.01.2021 treten auch viele Verbesserungen in Kraft, die wir durchgesetzt haben. Der Respekt und die Anerkennung von Lebensleistungen werden durch die Einführung der Grundrente gestärkt. Das Kindergeld steigt um 15 Euro und beträgt damit für das erste und zweite Kind jeweils 219 Euro, für das dritte Kind 225 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 250 Euro. Außerdem werden die steuerlichen Kinderfreibeträge erhöht und auch der Einkommensteuertarif angepasst. Das mögen alle kleinen Maßnahmen sein - aber sie alle haben das Ziel, dass Familien am Ende mehr Geld in der Tasche haben. Und wir schaffen den Solidaritätszuschlag für 90 Prozent aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ab und stärken dadurch den Zusammenhalt in unserem Land.



Seit Mittwoch ist das öffentliche Leben in Deutschland weitestgehend heruntergefahren. Vor allem vor den bevorstehenden Feiertagen möchte ich hier nochmal auf die Regelungen hinweisen, die an Weihnachten und Silvester gelten:

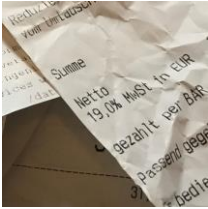
- Bisher sind Treffen von 2 Haushalten mit maximal 5 Personen erlaubt (Kinder unter 14 Jahren ausgenommen). An den Weihnachtsfeiertagen wird dies ausgedehnt. Treffen sind dann mit 4 Personen, abseits des eigenen Hausstands, die zum engsten Familienkreis zählen – also beispielsweise nicht zusammenlebende Lebenspartnerinnen und -partner oder Verwandte erster Linie – erlaubt.
- Gottesdienste bleiben auch in Präsenz – unter der Wahrung von allen Abstands- und Hygienebestimmungen – möglich. Das entscheiden jeweils die Städte und Gemeinden vor Ort. Dies wird auch kreative Möglichkeiten eröffnen, wie beispielsweise Drive-In Gottesdienste, die mit dem Auto besucht werden können.
- In Hotspots, in denen die Inzidenz über 200 liegt und Ausgangssperren verhängt wurden, gelten diese zwar auch an den Feiertagen, werden aber zeitlich ausgeweitet: Am 24.12. gelten sie von 24 – 5 Uhr und am 25./26.12. von 22 – 5 Uhr
- An Silvester gelten die normalen Kontaktbeschränkungen wie sonst auch. Das heißt man darf sich mit maximal 5 Personen aus 2 Haushalten treffen. Die Ausgangsbeschränkungen in Hotspots gelten wie sonst auch von 21 – 5 Uhr.

Auch meine Büros sind ab dem 21.12. geschlossen, ab dem 04.01.2021 stehen wir wie gewohnt für alle Anliegen zur Verfügung. Zum Abschluss möchte ich mich bei allen Menschen bedanken, die in diesem Jahr großartiges geleistet haben. Vor einem Jahr konnte sich wohl niemand ausmalen, vor was vor großen Herausforderungen das Corona-Virus uns alle stellen wird. Ob im Gesundheitswesen und in der Pflege, im Einzelhandel, an Schulen, im Bereich der öffentlichen Sicherheit oder in Kindertageseinrichtungen. Wir alle gemeinsam geben unser bestes, damit unsere Gesellschaft mit den Auswirkungen der Pandemie fertig wird. Ich wünsche allen, trotz der Einschränkungen, ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr. Auch wenn es kein Fest wird, wie wir alle es gewohnt sind und wir auch weiterhin Abstand halten müssen, hoffe ich für alle auf ein schönes Weihnachtsfest im engsten Familienkreis.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

## Für steuerliche Verbesserungen



Viele haben durch die Pandemie mit vielen Einschränkungen zu leben. Wir wollen deshalb mit Steuerentlastungen allen helfen, die Herausforderungen der Pandemie bestmöglich zu bewältigen. Die bisherige Erhöhung des Entlastungsbeitrags für Alleinerziehende auf 4008 Euro, der zunächst bis zum 31.12.2020 befristet war, gilt nun dauerhaft. Zudem führen wir eine Homeoffice-Pauschale ein: Alle Beschäftigten können für jeden Kalendertag, an dem sie von zu Hause aus arbeiten auch ohne eingerichtetes Arbeitszimmer 5 Euro geltend machen. Dies ist auf 120 Tage im Jahr beschränkt. Wir stärken ehrenamtlich Engagierte. Für Ehrenamtliche, die pädagogisch als Übungsleiterin oder Übungsleiter tätig sind, als beispielsweise Fußballtrainerinnen oder Ausbilder bei der Feuerwehr, erhöhen wir den Freibetrag von 2400 auf 3000 Euro. Gleichzeitig erhöhen wir die steuerfreie Ehrenamtszuschale, für alle nicht-pädagogischen Tätigkeiten, wie beispielsweise von Kassenwartinnen oder Platzwarte, von bisher 720 auf jetzt 840 Euro.

## Für ein verlässlichen Arbeitsschutz



Die Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie waren schon vor der Pandemie nicht gut. Deshalb hat Andrea Nahles schon 2017 einen scharfen Gesetzesentwurf vorgelegt, der damals leider nicht mehrheitsfähig war. Aber wir sind dran geblieben: Denn Arbeit darf nicht krank machen. Der Arbeitsschutz hat wegen diesem Grundsatz unsere höchste Priorität. Das hat Bundesarbeitsminister Hubertus Heil am Mittwoch im Bundestag nochmal deutlich gemacht. [\(Hier geht es zu seiner Rede\)](#) Mit dem beschlossenen Gesetz verbieten wir endlich Leiharbeit und Werkverträge in Schlachthöfen und schreiben eine konsequente Arbeitsaufzeichnung fest, damit dem Lohnbetrug ein Ende gesetzt wird. Auch Gammel Unterkünfte wird es in Zukunft nicht mehr geben, dafür haben wir Mindeststandards für die Unterbringung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchgesetzt. Mit verbindlichen Überprüfungsquoten schreiben wir fest, dass die Einhaltung der neuen Regelungen auch kontrolliert und etwaige Verstöße, wenn nötig sanktioniert werden.

## Für eine Energiewende für alle



Mit der EEG-Novelle haben wir nach zähen Verhandlungen endlich eine Einigung mit unserem Koalitionspartner erreicht. Wir machen die Energiewende zum Mitmachprojekt für alle. Städte und Gemeinden, in deren Umkreis von 2,5 Kilometern eine Windkraftanlage errichtet wird, können in Zukunft 0,2 Cent pro produzierter Kilowattstunde vom Betreiber erhalten. Dazu haben wir auch die Gewerbesteuererlegung nochmal angepasst, damit Kommunen, in denen Windräder gebaut werden auch tatsächlich profitieren und nicht der Unternehmensstandort des Betreibers. Wir entbürokratisieren und erleichtern endlich Mieterstrom-Modelle. Künftig können sich mehrere Mietparteien oder sogar ganze Häuser eine Erneuerbare Energien-Anlage teilen und gemeinsam von der Energiewende profitieren. [\(...weiterlesen\)](#)

## Impfstrategie Konkret



Statt der wöchentlichen Rubrik „Demokratie konkret“ gibt es in dieser Woche „Impfstrategie konkret“. Voraussichtlich in der kommenden Woche wird der Impfstoff endlich auch in der Europäischen Union, nach sorgfältiger Prüfung, zugelassen. Es handelt sich dabei um einen mRNA-Impfstoff. Dieser wirkt, indem die Erbinformationen des Virus transportiert werden. Dadurch weiß unser Körper, wie Antigene aufgebaut werden müssen und kann diese dann produzieren. Diese Antigene rufen dann die Immunreaktion unseres Körpers hervor. Die Erbinformationen dringen nicht in das Erbgut von Menschen ein und werden in kurzer Zeit wieder abgebaut.

An mRNA-Impfstoffen wird schon lange geforscht, zum Beispiel auch in der Krebsforschung. [\(...weiterlesen\)](#)

## Weihnachtsappell für Moria



Während wir Weihnachten feiern leben Kinder und ihre Familien in Moria unter Bedingungen, für die Europa sich schämen muss. Nicht erst durch den Brand im Flüchtlingslager Mora auf der griechischen Insel Lesbos im September 2020 sind die Zustände in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln menschenunwürdig. Viele Menschen müssen dort in kaum vorstellbaren Verhältnissen leben. Deshalb habe ich mich überparteilich mit anderen Abgeordneten der demokratischen Parteien zusammengetan und einen Appell unterzeichnet, der die Bundesregierung dazu auffordert, sich endlich mit unseren europäischen Partnern für eine europäische Lösung zu sorgen, die menschen- und europarechtlichen Standards entspricht. Darüber hinaus fordern wir den Bundesinnenminister dazu auf, sich mit den aufnahmebereiten Bundesländern und Kommunen einen konstruktiven Weg für die zukünftige Aufnahme von Geflüchteten anzustoßen. Zudem muss die Bundesregierung – gerade jetzt zu dieser Jahreszeit – die Aufnahme von Geflüchteten beschleunigen und gegenüber unseren europäischen Partnern dafür zu werben, dass sie Schutzsuchende freiwillig aufnehmen. [\(Hier geht es zum gesamten Appell\)](#)